

Gekommen, um zu bleiben - Der Frühling der Populisten

Westliche Demokratien befinden sich in einem Umbruch kaum fassbaren Ausmaßes. 2016 begann die hohe Zeit des Populismus, nicht nur mit Donald Trump. Woher kommt das? Könnte sich 2017 daran etwas ändern?

Die Welle hatte sich lange aufgebaut. 2016 kam sie so richtig ins Rollen. Populismus trug Donald Trump ins Weiße Haus, trieb Großbritannien aus der EU. Italien, Schweden, Ungarn, die Niederlande, Österreich, Finnland - so verschieden die Gründe für die gravierende Umformung des Bestehenden sind und für das Driften nach rechts, so sehr eint sie eines: Der Populismus steht in voller Blüte.

In den Niederlanden hat die Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders gute Karten, bei der Parlamentswahl im März stärkste Kraft zu werden. Und in Frankreich kann im Frühjahr mit einem Sieg der Rechten Marine Le Pen bei

der Präsidentschaftswahl der nächste entscheidende Schritt bevorstehen. Vor der Bundestagswahl im Herbst und dem Abschneiden der AfD kann Trump schon bewiesen haben, ob er seine autoritativen Züge auch in der Position leben möchte, die einmal "Führer der freien Welt" hieß.

Ursachen für Populismus liegen weit zurück



Tillerson wird US-Außenminister
Der künftige Präsident Trump bestätigt die Personalentscheidung.

Wie alle politischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen ist auch die derzeitige Welle nicht über Nacht gekommen. Manche tiefen Gründe des Populismus liegen Jahrzehnte zurück, reichen bis in die 1960er Jahre, den Beginn einer schleichenden Deindustrialisierung.

Mit dem Nachlassen religiöser Prägekräfte verloren die Parteien alten Zuschnitts allmählich ihren Zugriff. Im folgenden Vierteljahrhundert reduzierten Volksparteien ihr ideologisches Angebot. Parteien mit begrenztem Angebot entstanden, die klassischen erhielten weniger Zulauf, definierten sich mehr über Funktionseliten. "Für Wähler wurden sie ununterscheidbar", schreibt der Wissenschaftler Cas Mudde (Universät Georgia) in "Foreign Affairs".

In den folgenden Jahren gestanden Parteien und Amtsträger ein, sie könnten viele zentrale Entwicklungen in Politik und Wirtschaft nicht mehr beeinflussen. Sie verwiesen auf die Europäische Union (EU), den Internationalen Währungsfonds (IWF), auf Zentralbanken. Supranationale Organisationen übernahmen die Zuständigkeit für die Geldpolitik oder die Grenzen.

Der Kolumnist Roger Cohen schreibt in der "New York Times": Mit dem Ende des Kalten Krieges hatten die liberalen Demokratien und neoliberale Ökonomien ihren Zenit erreicht. Ein Vierteljahrhundert später seien nun Autoritarismus und Anti-Liberalismus auf dem Vormarsch.

Cohen nennt ein Bündel von Gründen: Zu lange hätten westliche Gesellschaften keine positiv prägenden Erlebnisse oder "Siege" erlebt. Technologie und Digitalisierung, oft bejubelt, verändern Wirtschaft und Arbeit grundstürzend. "Sinnlose Kriege wurden geführt,

Wanderungsbewegungen setzten ein. Die Verantwortlichen haben für ihre Fehler nie bezahlt."

Internet als Wegbereiter des Populismus



Trump war und bleibt Wahlsieger
Auch nach Neuauszählung in Wisconsin gewinnt der Republikaner.

Zeitlich parallel wuchs das Internet praktisch exponentiell. Medien verloren ihre Deutungshoheit, der politische Diskurs zerfaserte, die Anschlussmöglichkeiten für alle Meinungen und Theorien wurden entgrenzt, ebenso für Gruppenbildungen aller Art.

In einer herausragenden Harvard-Studie weisen Ronald Inglehart und Pippa Norris nach, dass die Wähler populistischer Kandidaten als wichtigste Faktoren weniger wirtschaftliche Gründe benennen (Ungleichheit, Stagnation, internationaler Handel), sondern kulturelle Veränderungen.

Es setzte eine große Sehnsucht nach einem romantisierten "Früher" ein. Die Gegenwart wurde prekär, die Unsicherheit groß. Der wachsende Unterschied zwischen Metropolen und Peripherie tat das seine dazu. Nach der schweren Wirtschaftskrise ab 2007 brach sich Enttäuschung über die Verhältnisse Bahn. Die Wut über das Gefühl des Abgehängtseins wuchs. All das düngte den Nährboden für Populismus.

Der Stimmenanteil für populistische oder autoritäre Parteien ist in den 34 Ländern der OECD seit Ende der 1970er Jahre kontinuierlich angestiegen. Er liegt jetzt bei durchschnittlich über acht Prozent.

Populismus wird oft auch als Kampfbegriff benutzt, wenn er reine Kritik an den Herrschenden rasch diffamiert. Tatsächlicher Populismus hat verschiedene Spielarten mit einer Gemeinsamkeit: Feindlichkeit gegenüber Eliten, etablierter Politik und Institutionen. Er sieht sich als Vertreter "einfacher" oder "normaler" Leute und oft als Stimme eines wahren Patriotismus. Wenig vereint seine Anhänger so wie das negativ besetzte Thema Integration.

Die Rufe lauten "Wir wollen unser Land zurück", man ist überzeugt, dass es

mit der eigenen Heimat bergab gehe. Heute sind in den Parlamenten der meisten europäischen Länder populistische Parteien vertreten. In nationalen Wahlen der vergangenen 5 Jahre in 16 Ländern Europas hat je mindestens eine populistische Partei mindestens zehn Prozent erhalten. Im Schnitt sind es 16,5 Prozent, er wird durch Ungarns Fidesz besonders hoch getrieben.

Trump teilt die Gesellschaft in zwei Lager



Reich, männlich, konservativ

Trumps Regierung ist wohl die härteste nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der künftige US-Präsident Donald Trump gilt als das aktuell herausragendste Beispiel eines Populisten. Er teilt die Gesellschaft in zwei Lager: "das Volk" und "die Eliten". Trump ist stolz auf seinen Anti-Intellektualismus. Kultur und Wissen stellt er Instinkten hintan. Er polarisiert mit Vorliebe und dämonisiert seine Gegner. Er macht keinen Hehl aus seiner Verachtung für eine freie Gerichtsbarkeit, eine freie Presse und etablierte Parteien.

Als entscheidender Faktor für den Faschismus fehlt hier der Einsatz von Gewalt, schreiben amerikanische Think Tanks. Noch? Denn nach rechts bietet Populismus oft gefährlich gleitende Übergänge. Wie nahe er am Faschismus oder am Autoritarismus ist, belegen Studien und Umfragen.

Das Buch "Was ist Populismus?" des in Princeton lehrenden deutschen Politologen Jan-Werner Müller ist eines der wichtigsten Werke zum Thema. Er sagt: "Populismus ist nicht nur antiliberal, er ist antidemokratisch. Er ist eine permanente Bedrohung der repräsentativen Demokratie." Müller legt Wert darauf, Elitenkritik nicht mit Populismus gleichzusetzen: "Sollten wir nicht alle kritische Bürger sein?" Populistische Anführer aber nähmen für sich in Anspruch, sie und nur sie alleine repräsentierten das Volk.

Was ist das "echte Volk"?

Dieser Populismus sei vor allem eine Zurückweisung des Pluralismus, sagt Müller. Die Ablehnung der Vielfältigkeit einer Gesellschaft finde sich nur im Rechtspopulismus, nicht aber bei Politikern, die viel Zulauf hätten wie etwa Bernie Sanders in den USA. An der Macht bauten Populisten aus ihrem

Moralmonopol einen Staat, der alle ausschließe, die nicht ihrer Definition vom "echten Volk" entsprächen.

István Hegedüs von der Ungarisch Europäischen Gesellschaft sagt, das Endergebnis heiße dann "Nur wir sind das Volk".

Populisten an der Regierung seien darauf aus, so schnell wie möglich Wünsche des Wahlvolks zu erfüllen, sagt Benedetta Barbisan vom Max Planck Institut für Internationales Recht. "Für mittel- oder langfristige Konsequenzen haben sie nicht viel übrig." Dieser Maßstab könnte, 2017 an Trumps Ankündigungen angelegt, gut passen. Bisher werden für reale Probleme eher magische Lösungen versprochen.

In Europa hätten sich die Populisten ihren Feind selber zusammengebaut, sagt Amr Hamzawy von der Carnegie-Stiftung: aus der politischen Elite, aus EU-Bürokraten, aus Minderheiten und aus Unternehmen, die ökonomisch von der Globalisierung profitieren. "Brüssel" wurde zum Schimpfwort, die USA boten sich als neuer, alter Gegner an - siehe die Demonstrationen gegen das Freihandelsabkommen TTIP.

Interessanterweise hat Lateinamerika seine populistische Welle von links vielerorts hinter sich. "In einem verblüffenden Rollenwechsel ist es nun diese Weltgegend, die atemlos zusieht, wie Populisten andernorts in früher prosperierende Volkswirtschaften einfallen", schreibt Shannon O'Neil vom Council on Foreign Relations in Washington. Für ihn der Beweis, dass Bürger sich wehren und ihre Institutionen reformieren können und nicht alles tolerieren.

2017 - was ist möglich?

"Die wichtigsten Treiber des Populismus sind Stagnation oder wirtschaftliche Unsicherheit, Ungleichheit in der Gesellschaft, Wanderungsbewegungen und Frust über die etablierten Parteien", sagt Thomas Carother vom Carnegie Institute. "Es gibt keinen Grund zu glauben, dass sich daran nächstes Jahr etwas ändern wird."

Außerdem gibt es keine Bestrebungen und auch kaum Möglichkeiten, etwas so komplexes wie Globalisierung zu regulieren.

Sergey Lagodinsky von der Böll Stiftung ist pessimistisch. "Die Frage ist nicht, ob der Populismus bleibt, sondern ob die Demokratie geht." Experten

wie Hegedüs fordern daher eindringlich, nicht darauf zu vertrauen, dass Fakten von alleine wieder attraktiver würden als Lügen und Verschwörungstheorien. "Wir müssen den politischen und ökonomischen Liberalismus wieder erwecken", sagt er.

Auf der Suche nach Auswegen und Lösungen ziehen sich zwei rote Fäden durch die Argumente. Der eine richtet sich an Medien und Politik: Nehmt die Sorgen in der Bevölkerung ernst, verlasst die Echokammern. Der andere: Die repräsentative Demokratie, bei vielen schon durch die Umdeutung direkter Demokratie in sozialen Medien ersetzt, müsse ihre Attraktivität ganz neu erklären. Warum man es wichtig findet, mit Flüchtlingen human umzugehen. Warum Fairness, Gleichheit und Teilhabe wertvoll sind.

Mark Lilla schreibt in der "New York Times", es reiche nicht mehr, Unterschiede zu feiern (sexuelle Orientierung, Herkunft etc.): Man müsse ihren Sinn und ihren Reichtum neu begründen.

Wer Populisten schlagen wolle, sagt Wissenschaftler Mudde, indem er sie auch nur ein bisschen kopiere, der werde sie immer eher stärken als schwächen.

Politik müsse transparenter werden, zugänglicher, sie müsse mehr Menschen beteiligen und besser reagieren, so lauten die Forderungen. Politologe Stefan Lehne von der Carnegie-Stiftung: "Nur wenn die Menschen merken, das ihre Stimmen gehört und ernst genommen werden, werden sie das Vertrauen in den politischen Prozess zurückgewinnen."

Joseph Sternberg schreibt im "Wall Street Journal": "Politik und Medien müssen härter daran arbeiten, die Attraktivität ihrer Positionen zu begründen. Wir müssen unsere Überzeugungskraft neu erfinden." Zu viele hätten gedacht, alles gehe wie von selber immer friedlich weiter. Das sei aber ein Irrglaube.

Eigentlich, sagt Experte Lagodinsky, solle man die Situation dieser entscheidenden Jahre grundsätzlich positiv sehen. "Die Menschen stehen jetzt vor einer ganz klaren Wahl. Wofür oder wogegen wollen sie sein?"